

Bezugpreis:

Wochenblatt 2.- Mtl. monatlich 4.- ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komparativzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 15. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Koalition in Deutschösterreich.

Offener Brief an Jean Longuet.

Sehr verehrter Genosse Longuet!

Vor einigen Wochen las ich in der „Humanité“ einen Aufsatz ...

Freilich läßt sich in der Leidenschaft des politischen Kampfes ...

Wäre es aber nicht an der Zeit, verehrter Genosse, nachdem ...

Ich habe in Luzern ganz und gar nicht diesen Eindruck ...

Es war damals weder die Zeit noch die Möglichkeit vorhanden ...

Von alledem, wie überhaupt von dem Verlauf der ganzen ...

Deutschland ist nun einmal das weitaus größte Volk der Welt ...

Entschliebung des Wiener Proletariats.

(Drohbericht unseres Wiener Berichterstatters.)

Nach der Rede Dr. Otto Bauers im Kreisarbeitererrat ...

Der Kreisarbeitererrat erklärt, daß im gegebenen historischen ...

Deutschösterreich, das um seiner wirtschaftlichen Lage ...

es uns bewiesen, als sich Ihr Blatt „Le Populaire“ am Abend ...

Deutlicher sehen Sie in Bela Kun und Szamuely nur die ...

Sind Sie dabei sicher, daß die Parteien, denen Sie Ihre ...

Aber, obwohl ein Gegner der Gewaltpolitik, werfen Sie, wie ...

schen Motive auf alle von Proletariern begangenen Gewalttaten ...

Mit Ihrer gewohnten Offenheit erklären Sie im „Populaire“ ...

Am sich läßt uns deutschen Sozialdemokraten der einstimmig ...

Der Geist des neuen Deutschlands dagegen geht aus der ...

Unter Voraussetzung einer finanziellen Regelung erklärt sich ...

Ist das der Geist einer Regierung und eines Volkes, die nach ...

Aber Sie haben nun einmal in Frankreich für die bevorstehen ...

Aber so weit sind wir noch nicht. Und dennoch liegt in Ihrer ...

Eine Hebe, die sich gegen die härteste regierende Partei der ...

innerpolitischen Gründen danach trachten? Wenn das der Zweck ihrer jüngsten Taktik sein sollte, die auf ein Schüren des deutschen Bürgerkrieges hinausläuft, so täuschen Sie sich gewaltig über die Zweckmäßigkeit Ihres Bemühens.

Und soll das zur Versöhnung führen? Und all das nur, weil Sie auf die bolschewistische „Wahrheit“ eingeschworen sind, von der Sie doch nicht behaupten werden, daß sie „gebietetisch“ als solche erscheint. Uebrigens, die regelmäßige Verkünder des „Populaire“ zeigt mir, daß Sie in bezug auf die deutschen Verhältnisse den rationalistischen Grundgedanken von Descartes recht eigenförmlich anwenden: „Aur das als Wahrheit annehmen, was in der „Freiheit“ erscheint.“

Deshalb beschwor ich beim Abschied von Luzern den Genossen Amédée Naudis, die Entsendung eines Berichterstatters der „Quintanité“ nach Berlin anzuregen. Die sozialistische Presse Frankreichs kann doch unmöglich auf die Dauer auf Verzicht der Korrespondenten bürgerlicher Blätter angewiesen bleiben. Ebensonenig aber können die deutschen unabhängigen Blätter, die doch nur für einen Bruchteil des deutschen Volkes schreiben, als maßgebend gelten. Sonst treiben Sie in der Tat, anstatt zum gegenseitigen Verständnis der beiden Völker, die wir doch auf beiden Seiten erstreben, zu einem noch furchtbarerem Mißverständnis als bisher. Sonst erreichen Sie nicht die Wiederherstellung und Festigung, sondern die endgültige Sprengung der Internationale. Sonst helfen Sie nicht der Deutschen Republik, sondern der deutschen Reaktion.

Das deutsche Volk will in keiner übergroßen Mehrheit in einer demokratischen Republik gefunden und nicht in einem riesigen Tollhaus Münchener oder Budapestter Art untergehen. Furchtbare Zeiten der Not stehen ihm infolge des Krieges und des Versailler Friedens bevor. Ueber diese Zeiten es hinwegzufeuern ist die höchst undankbare Aufgabe der deutschen Mehrheitssozialdemokratie. Sie wissen, wie eng das Schicksal Frankreichs mit dem Schicksal Deutschlands verknüpft ist. Wenn Sie infolge ungenügender Kenntnisse unserer Lage, unseres Geistes und unserer Ziele die Titanenarbeit der deutschen Mehrheitssozialisten systematisch erschweren, so machen Sie daselbe, was vor einigen Tagen Renaudel der Pariser Friedenskonferenz vorwarf: „Une mauvaise affaire et une mauvaise action.“ Ein schlechtes Geschäft und eine schlechte Tat.

Victor Schiff.

Nachricht der Redaktion. Diese Zeilen waren bereits geschrieben, als der „Populaire“ vom 8. Oktober mit einem Artikel von Daniel-Renaudel „Noske und die Internationale“ hier eintraf. Da nimmt die Unkenntnis der deutschen Verhältnisse geradezu groteske Formen an. Aber auch die Anpöbelungen unserer Partei sind derart, daß man schwerlich alles auf das Konto der Unwissenheit unserer französischen Genossen setzen kann und an ihrem guten Glauben zu zweifeln beginnt. Noch ist es Zeit, sich zu bestimmen, in der Beschimpfung der deutschen Mehrheitssozialisten den Wettlauf und den Kampf der Meinungen mit der Feder und nicht mit den französischen Chauvinisten einzustellen. Mehr wollen wir für heute nicht sagen, um die Kluft zwischen den einzelnen Teilen der internationalen Proletariat nicht zu vertiefen, wie es offenbar das Bestreben Renaudels ist. Nur das eine wollen wir den französischen Sozialisten rechtzeitig zurufen: vor einer „Säuberung“ der Internationale sprechen wir am allerwenigsten zurück und gehen lieber mit Bjorgbjerg zusammen als mit Bela Kun.

Widerstände gegen Washington.

Ueber der Washingtoner Arbeiterkonferenz scheint ein Unstern zu stehen. Erklären ihre Arbeitsmöglichkeit durch die Nichtbeteiligung der deutschen und österreichischen Gewerkschaften, denen es bekanntlich nicht gelang, als Bittende vor den Türen der Tagenden zu stehen, von vornherein wesentlich herabgemindert, so ist die neue Mitteilung, die uns zugeht, ganz besonders geeignet, den Rest von Vertrauen in die positiven Leistungsmöglich-

keiten der Konferenz noch mehr zu erschüttern. Die Nachricht hat folgenden Wortlaut:

Der Sonderberichterstatter vom „Echo de Paris“ in Washington meldet vom 12. Oktober, daß die amerikanischen Gewerkschaften gegen die Einberufung des Internationalen Kongresses für Arbeiterrecht in Washington seien. Die Bewegung sei so stark, daß sie allein schon die Ratifizierung des Friedensvertrages in Gefahr bringen könne. Die mächtigsten amerikanischen Gewerkschaften protestierten gegen den Aktionsplan, die amerikanischen Arbeiter auf die Stufe der Arbeiter anderer Länder zu bringen, weil dies notwendigerweise die durchweg höheren Arbeitslöhne in Amerika brüchen müsse. Andere Kreise wieder kämpften gegen die Schaffung eines internationalen Arbeiterrats, der dem Sowjetssystem gleichläme. Der Handelsminister habe angekündigt, daß, wenn das Statut des Völkerbundes mit allen notwendigen Ratifizierungen nicht vor dem 20. Oktober, dem Tag des Zusammentritts der Internationalen Arbeiterrechtskonferenz, sichergestellt sei, diese Konferenz verjagt werden müsse, da sie dann nicht alle auf der Tagesordnung stehenden Fragen erörtern könne.

Wenngleich die Gründe, welche die amerikanischen Gewerkschaften zu ihrem Widerstande gegen eine Beteiligung an der Konferenz bewegen haben, wesentlich anderer Natur sind, als die der deutschen und österreichischen Gewerkschaftsvertreter, so ist doch durch die amerikanische Abneigung das Zustandekommen der Konferenz bzw. die Möglichkeit harmonischer Arbeit außerordentlich gefährdet.

Gräfe gegen Noske.

Seit der Berliner Funktionärerversammlung, in der Genosse Noske nicht nur kräftige Worte gegen die Treibereien der Altschulden in der Reichswehr fand, sondern auch auf seine Taten zur Säuberung des Offizierkorps von dutschischen Elementen hinwies, erteilt die rechtsstehende Presse Gift und Galle gegen ihn. Die Angriffartikel Ludendorffs sind symptomatisch. In der „Deutschen Tageszeitung“ vom Dienstag Abend findet sich eine Schimpferei unter der gartinnigen Ueberschrift „Noske redet Uninn“, die jedoch an Geschmackslosigkeit noch weit übertrumpft wird durch die Ueberschrift, die der bekannte Kalmijunker von Gräfe-Goldbeee in der „Deutschen Zeitung“ für seine Attade wählt: „Herr Noske in Radkultur“.

Dem Titel entspricht der Inhalt. Herr von Gräfe spricht Noske das Verdienst an die Gründung der Reichswehr ab. Noske habe es nur verstanden, „dem alten preußisch-deutschen Offizierkorps so lange mit allerlei Redensarten Honig um den Mund zu schmieren, wie er glaubte, diesen militärischen Grundpfeiler der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht entbehren zu können. Noske habe dadurch viele von ihnen bei der Fahne gehalten, die Vorzügliches geleistet hätten, und „Herr Noske hat für seine Person den Ruhm der selbstlosen Männer des alten Regimes quittiert“. Nun, wo er glaube, daß er dieser Stütze nicht mehr bedürfe, „wenn er durch den republikanischen Führerbund und ähnliche Mittel sich einen Ersatz für die alten Offiziere geschaffen haben würde“, rühme er sich vor der Berliner Funktionärerversammlung, „wie er tagtäglich reaktionäre Offiziere rauschmisse und wie er in Wäldern ein bettelarmes Offizierkorps haben würde, das von der Sicherheit der Regierung abhängig sei.“

Natürlich, das Verdienst um die Gründung der Reichswehr haben selbstlose Leute wie Ludendorff und Herr von Gräfe, die in vollendeter Selbstlosigkeit während der gefährlichen Tage nach Schweden ausgetreten waren oder sich in gänzlicher Zurückgezogenheit mudsmänschenstill verhielten. Wenn Herr Gräfe außer sich und Ludendorff vielleicht noch jene Männer des alten Regimes als „selbstlos“ bezeichnet, die der Reichswehr in der Hoffnung beitraten, dadurch die

politische Macht wieder an sich zu reißen, so begrüßen wir allerdings, daß mit solcher „Selbstlosigkeit“ kurzer Prozeß gemacht worden ist, leider noch lange nicht gründlich genug. Den wirklich selbstlosen Männern hat jedenfalls kein Mensch ein Haar gekrümmt und ihr Verdienst ist am allerwenigsten von Noske bestritten worden. Was schließlich Noskes Stellung zum republikanischen Führerbund anlangt, so wünschten wir nur, sie wäre so, wie Herr v. Gräfe sie wider besseres Wissen hinstellt.

Aber Herrn Gräfes Deduktionen schürfen noch tiefer. Noske kann gar nicht die Reichswehr organisiert haben, denn — er ist ja Zivilist. Wie kann ein Zivilist ein Heer aufstellen? Herr von Gräfe meint, Noske mühte doch „im Unterbewußtsein die Erinnern peinigen“, die ihm zuraumen,

daß zum Schöpfer einer gänzlich neuen militärischen Organisation unter so schwierigen Verhältnissen doch etwas anderes gehört, als seine eigene ganz bescheidene zivile Vergangenheit, ja, daß der laienhafte, wenn auch noch so geschickte Kritiker nicht ohne praktische Ausbildung und Erfahrung das Gottesgnadentum eines geborenen Reorganisationsführers ohne weiteres besitzt, und daß schließlich eine großprecherische Begabung noch nicht die Fähigkeit zu kennntnisreicher Tat ersetzt.

Was soll man zu diesen Orgien militärfrommer Borniertheit sagen? Vielleicht, daß Herr von Gräfe einmal französische oder englische Geschichte studieren und sich von den militärisch-organisatorischen Leistungen der Zivilisten Gambetta, Carnot oder Cromwell überzeugen möge. Aber lassen wir ihm seinen Glauben an die alleinigmachende Generaluniform! Wichtigere als die Kennzeichnung seiner Unwissenheit ist die Kennzeichnung seiner Gesinnung und Absichten. Die Altschulden stehen gegenüber der Reichswehr genau wie die Unabhängigen und Kommunisten: Seitdem sie die Hoffnung verloren haben, sich ihrer zu bemächtigen, um sie zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, suchen sie die Reichswehr zu untergraben und zu zertrümmern. Auf dieses Spiel kann gar nicht deutlich genug hingewiesen werden.

Ein vergeßlicher Tobfuchtiger.

In der „Deutschen Zeitung“ schreibt sich Herr August Abel mit Redandephrasen heifer, er höht schredliche Drohungen gegen Frankreich aus und benimmt sich in einer Weise tobfuchtig, die geradezu gemeingefährlich genannt werden muß. Er verkündet Frankreich ein „Ende mit Schrecken“ und höhnt über die französische Verlorenheit vor der deutschen Revanche, die er selber zum innermehlichen Schaden Deutschlands noch nach Weibeskräften aufspießt. Unter feinen Drohungen fällt uns aber folgende besonders ins Auge:

Wäge Frankreich aber nicht vergessen, daß es seine Verbrennen, die es tagtäglich in den bestesten Gebieten begeht, zu führen hat! Das wird eine Abrechnung für sich darstellen.

Gerade Herr August Abel sollte der letzte sein, der das Thema „Siegerisches Verhalten in besetzten Gebieten“ öffentlich anspricht. Seine Tobfucht scheint hier durch starke Vergeßlichkeit begünstigt zu werden. Oder hat Herr Abel wirklich beim Schreiben der obenstehenden Zeilen nicht daran gedacht, daß sie zur Behandlung eines ihn höchst persönlich betreffenden Themas aus der Zeit der belgischen Besetzung geradezu herausfordern?

Skandinavien zur Blodierung Rußlands. Der schwedische Minister des Reichens Sellner erklärt, daß die schwedische Regierung endgültigen Bescheid über die in der Entennote enthaltenen Forderungen einer Blodierung Rußlands erst nach Zusammenberufung einer Konferenz, an der auch Vertreter Dänemarks und Norwegens teilnehmen sollen, geben werde. Die schwedischen Blätter weisen im übrigen darauf hin, daß durch die Rote kaum eine Veränderung der Lage geschaffen werde, da schon jetzt die schwedisch-russischen Handelsbeziehungen fast völlig ruhen.

werden einen vollbeladenen Kohlenwagen durch Ihre Gasse fahren lassen. Mit Gewißheit haben Sie in den nächsten Wochen eine Schachtel Bünthölzer zu erwarten, und wenn Sie sich ein bißchen umtun würden, könnten Sie jeden Morgen eine Mißgeschickede modern hören. Außerdem ist Ihnen ein großes Glück beschieden, denn Sie werden in absehbarer Zeit wieder zehn Delagramm Fleisch bekommen.“

Weiter kam die Frau nicht. Die Kartenlegerin hatte sich allmählich blau gelacht über die Prophezeiungen ihrer plötzlichen Kollegin und verabschiedete sich mit der Versicherung, daß sie sich für ihre Mühe reichlich belohnt fühle.

Der neue Rektor der Berliner Universität. Mittwoch mittag fand die Rektoratsübergabe in der neuen Aula der Berliner Universität statt. Der neue Rektor, Professor Edward Weber, dessen Arbeitsfeld die Geschichte des Altertums ist, führte sich mit einer Rede ein. Er verglich darin den deutschen Zusammenbruch mit dem Abends nach dem Napoleonischen Krieg, erwartete den Wiederaufstieg von der Beseitigung der schematisierenden Bürokratie und der Freimachung der besitzlichen Persönlichkeiten. Er stellte Wilhelm I. als letzten wahren König hin, rühmte den erst deutschen Idealismus der deutschen Sozialdemokratie, der sie zwingt, immer nur deutsch und national zu sein. Umstürzende Reformen für die Universität lehnt der neue Rektor ab. Eine Hochschule für alle ist keine Hochschule mehr. Die Ausbildung führender Persönlichkeiten ist die Hauptaufgabe der Universität.

Man sieht, wie Herr Weber aus „schönem Altes und Neues“ mengt und aus dem Einerseits-andererseits, dem angestammten Kaiser der Universitätswelt, nicht herauskommt.

Die Weimarer Freie Volkshöhe. In Weimar wurde auf Anregung des Intendanten Ernsthardt eine Freie Volkshöhe begründet. In Weimar haben sich ihr bereits 2000, in Apolda 1200 Mitglieder angeschlossen. Die Sitzungen sind nach dem Vorbild der Weimarer „Neuen Freien Volkshöhe“ entworfen und den Weimarer Verhältnissen angepaßt. Erhebende und befreiende Kunstwerke aller Gattungen, insbesondere Theateraufführungen, mindestens sechs im Nationaltheater, Dichtungen und Musikwerke, nach Möglichkeit auch Werke der Bildhauerei und Malerei sollen den Mitgliedern vorgeführt werden. Jeder Darbietung geht in der Regel ein einführender Vortrag voraus. — Nach der Zusammenberufung des Ausschusses zu urteilen, ist die neue Volkshöhe kaum von der Arbeiterkammer getragen.

Der baltische Theaterkrieg ist vorläufig eingestellt. Die Weimarer Bühnenmitglieder haben den Vorschlag des Landesverbandes der baltischen Redakteure angenommen und wollen den Streit mit Dr. Stahl einem paritätischen Schlichtungsausschuß unterbreiten.

In der Volkshöhe wird Sonntagabend nicht, wie angekündigt, Georg Kaiser's „Gas“, sondern B. Björnsens Schauspiel „Paul Lange und Lota Karsberg“ gespielt.

Richard Traub-Jylus. Die Leitung der Staatsoper hat mit Richard Traub ein Abkommen getroffen, wonach er im Oktober und November 8 Aufführungen eigener Werke und 4 Sinfonienkonzerte der Kapelle der Staatsoper dirigieren wird, von denen das erste am 28. d. Mts. (nicht wie ursprünglich beabsichtigt, am 17.), die weiteren am 14. und 27. November sowie am 10. Dezember stattfinden. Die Eröffnung der „Traub ohne Schalter“ unter musikalischer Leitung des Generalmusikdirektors Leo Nach ist auf Anfang Januar festgesetzt.

„Maria Stuart“ im Staatstheater.

Lucie Höflich, vom Staatstheater unworden und von Max Reinhardt freigelassen, damit vor den Gerichten in dieser ernsthaften Zeit kein Menichensmacher verhandelt werde, wollte die Maria Stuart spielen. Zuletzt hatte man in der Rolle Maria kein gesehen, die es würdlich und verberlich nahm, daß sie nach des Dichters Willen „die Wollust und die Hoffahrt“ in dem Herzen zu tragen habe. Frau Höflich dachte mehr eine ganz gesunde Schottenkönigin zu sein, ein Weib von schwerer Stirn und voller Stimmkraft, das in sich über Tugenden als Kaiser verbirgt und also wie ein wirklich geläuteter Engel das Schafot beiseigen kann. Die Heroine, der von vornherein alles Unrecht verziehen wird, obwohl sie durch Mord und Eheschändung recht tapfer hindurchgekommen ist, das muß eine andere Frau gewesen sein als die von Frau Höflich dargestellte. Kurz, sie gefiel sich in der softig hinmelnden Beredsamkeit, die mit Worten und Bewegungen sentimentalistisch ausfällt und eigentlich ins Krampfhaftes aufpuffen muß, wenn es gilt, der englischen Königin Elisabeth die brandende Veremung ins Gesicht zu schleudern. So nahm sie rührend Abschied vom Leben, so spendete sie beinahe mit der Schönheit einer Vestalin den Segen, den ihr trauerndes Gesinde fordert. Das war das Beste ihrer Leistung.

Aber man täusche sich nicht darüber, daß in diesem Trauerspiele nicht ein Engel mit einer Hege ringt. Nein, es kämpfen zwei ebnbürtige Teufelinnen gegeneinander. Agnes Straub, die Elisabeth, mische solches Weibermum ungewöhnlich schlafertig, lug und einem angeborenen Trieb folgend, zusammen. Hätte sie nicht an einigen Stellen französisches allzu komisch ausgesprochen, sie würde eine ganz vollendete Elisabeth gewesen sein: zur rechten Zeit die scharfe Kaiserin, dann wieder die Mithemnästra, die eine mörderische Härte verpönt, damit ihr Königswahnsinn erfüllt wird. Ja, sogar das Laßide fehlte dieser Elisabeth nicht. Diese Elisabeth konnte greisenhaft lauern und auch losend umschlingen, ihre Stimme entfaltete Mannheit, Sängerrinnenfähigkeit und Höflichkeit zugleich. Sie blieb immer mornigfach gehaltenes Weib. Ihre Kunst war das Bedeutendste dieses Abends, der Fritz Kortner, den neuen Mortimer, einführen sollte.

Vom jungen Theater der „Tribüne“ kommt Herr Kortner. Man mußte ihm sehr viel Verstand und die Fähigkeit zusehen, selbst aus einem dünnen, unruhigen Wort ein Scheinleben herauszuspülen. Als Mortimer war er zu lang, zu allfug, nicht flühend genug, kein kindlings Hingebener, sondern beinahe mephistophelisch angehaucht. Seine Jugend hat sich in einer blumigen Suada hingelassen. Sie darf nicht listeln. Warum hat Dr. Bruck, der Spielleiter, nicht verlangt, daß sein Mortimer die Staatsmännchen spielen lasse und ganz lechzend verlorene Jugend liebe? Kortner ist sicher ein sehr gelebter Künstler, der noch vielerlei Kräfte bereiten wird. Warum hat Dr. Bruck gestatt, daß sich Herr Kortner, Graf Beckler, mit gehobenem Tanzbein zu seiner Königin heranschwingt?

Die Aufführung brachte schöne Bilder, und nur einige Entgleisungen verriet, daß man am Staatstheater noch in die Klugheit und Freiheit hineinkat. Mariens Lorge Gefängnishaftigkeit

war leicht zu erstellen. Der Thronaal Elisabeths stand in einem zu kaligen Dichte, so daß die Hüte der Britenkönigin von einem clownesken, erschauenden Grau überhüllt wurden. Auch sonst mühte der Spielleiter manches umgestalten. Das Uebermaß der Puppe und des tauben Holzes und im Hintergrund die sehr altförmliche Prospekteneinwand, das alles ergibt niemals den beruhenden Garien, der Maria Stuart's Iphische Reimerednerei redestfertigen und besüßelten sollte. Max Hochdorf.

Die Kartenlegerin. Uberglaube und allerlei angepahter Spul und Trug sind wieder einmal obenanz. In Unheilzeiten ist das eine natürliche Erscheinung. Sorge und Verzweiflung werden strapellos ausgebeutet und geben sich meist ihren Ausbeutern willig hin. Wie soll man die Opfer warnen? Vielleicht laan folgendes Geschichtchen der Wiener „Arbeiterzeitung“ da und dort Selbstschuß erteilen. Das Blatt erzählt: Es kopft jemand. Die abgedarrte Frau, die gerade beim Küchentisch steht und ihre letzten Kronenstücke aufbereitet, um zu wissen, was für große Sprünge sie sich morgen auf dem Markte erlauben darf, rammt die zerkrümmten Papierchen rasch zusammen und öffnet die Tür. Draußen steht eine fremde Frau, die ihren Kopf durch die Türspalte hereinsteckt und höchst vertraulich flüstert: „Kartenaufschlagen angenehm?“ Dabei läßt sie ein Spiel kart abgegriffener Kartielarten verführerisch unter ihrem Mantel hervorlugen. Die Frau in der Küche will schon abhaken, aber während des Rundaufmachens unterlegt sie doch der Versuchung und löst die Kartelinslerin einziehen. Die Kostenfrage wird mit einem „Nach Belieben!“ von der Prophetin abgehan und bald sitzen beide Frauen beim Küchentisch, auf dem die Karten kunstgerecht ausgelegt werden.

Nach einem flüchtigen Rundblick durch die Küche und einer sachgemäßen Plauderei während des Rühens hat die Kartenlegerin bald heraus, was hier zu prophezeien am dankbarsten ist. Nach allerhand Weissagungen, wie sie im täglichen Leben leicht zu treffen, beginnt sie, der Frau einen Glückfall anzufandigen, durch den sie in den Besitz ungeachteter Reichtümer käme. Die zweifelnde Miene der Frau veranlaßt die Kartenlegerin, sich zu ereifern und immer überzeugender zu werden. Da der Gegenstand ihrer Beglückwünschung jedoch kühl bleibt, kreift sie ihre Karten zusammen und erklärt, fertig zu sein.

Kun soll die Beweisfrage zahlen, mozu sie aber keine Lust hat. Da kommt ihr ein Gebanke. Sie nimmt der Kartenlegerin die Karten aus der Hand und sagt: „Erlauben Sie, daß ich mich rebandriere.“ Bevor die Kartenlegerin noch ihre erste Verblüffung überwunden hat, legt ihr die Frau die Karten so auf, wie sie es eben gesehen hat, und fängt zu weissagen an:

„Sie sind momentan vom Unglück heimgesucht, haben nur ein halbes Hemd und zerrissene Strümpfe an. Seit langer Zeit haben Sie nicht ordentlich gegessen und Ihren Hinz bringen Sie nur schwer zusammen. Sie leben in einer größeren Gesellschaft, in der Sie sich schlecht und recht unterhalten und die Sie mit einem halben Kilogramm Erdäpfel in der Tasche verlassen. Sie haben Beziehungen zu einem großen Herrn, von dem Sie wöchentlich ein Viertel Wehl, ein Viertel Hahnersoden und zwölf Delagramm Fett beziehen. Dieser große Herr wird nächsten gut ausgelagt sein und Ihnen in diesem Zustand ein El Fir, nicht ganz vier Kronen zusammen lassen. Ein seltenes Ereignis steht Ihnen bevor: Sie

Die Kämpfer gegen den Belagerungszustand

Mit großer Entrüstung haben die Unabhängigen gestern in ihren 90 Versammlungen gegen die Behinderung der Pressefreiheit Stellung genommen. Natürlich war es allen Versammlungsteilnehmern klar, daß nur die vernünftigen Mehrheitsmajoritäten auf den Gehalten eines Zeitungsverbots und ähnliche Maßnahmen kommen konnten. Doch es verlohnt sich, einmal festzustellen, wie die Unabhängigen selber, wo sie die Macht in Händen hatten, Belagerungszustand und Zensur handhaben. Aus der Fülle des Materials nur ein paar Proben:

Am 17. Februar 1919 sind in Düsseldorf die bürgerlichen Blätter von den Unabhängigen besetzt worden. Die Blätter wurden am Erscheinen verhindert.

Am 21. Februar stürmten Unabhängige in Augsburg die Verlagsgebäude der „Neuen Augsburger Zeitung“ und der „Augsburger Postzeitung“ sowie die der „Augsburger Neuesten Nachrichten“.

Am 22. Februar wurde in München der Belagerungszustand erklärt. Die Bekanntmachung war unterzeichnet vom Polizeipräsidenten und vom Stadtkommandanten, die beide der unabhängigen Partei angehörten. An diesem Tage wurde folgende Bekanntmachung angedruckt:

Der Handlungen gegen die Regierungsgewalt vornimmt oder wer zu solchen auffordert, wird gemäß den Bestimmungen über den Belagerungszustand erschossen.

Alle Münchener Zeitungen wurden besetzt und durften nicht erscheinen.

Am 23. Februar beschloß der Münchener Zentralrat, das Erscheinen sämtlicher Münchener Zeitungen auf 10 Tage zu verbieten.

In der Sitzung vom 15. Februar beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat von Braunschweig, daß alle Zeitungen eine Ratig an bevorganzter Stelle aufzunehmen hätten, wonach alle amtlichen und nichtamtlichen Meldungen des R.A.V. der Vorgesetzten unterliegen sollten. Zeitungen, die unzensurierte Briefmeldungen brachten, hätten mit einem Verbot zu rechnen.

Die hierher gehörenden Berliner Vorgänge vom Januar 1919 aufzuführen, dürfte sich erübrigen.

Wären diese Tatsachen in den Versammlungen am Dienstag vorgelesen worden, so wäre wahrscheinlich die Hochstimmung der flammenden Entrüstung bei manchem Versammlungsteilnehmer erheblich zusammengesunken. Die unabhängigen Führer freilich haben in diesem Falle eine Ausrede, mit der schon vor 150 Jahren preussische Junker sehr gut gefahren sein sollen: „Ja, Bauer, das ist ganz was anderes.“

Industrie und Handel.

Vörje.

An der Börse machte die Aufwärtsbewegung weitere Fortschritte. Allerdings war das Geschäft, namentlich am Kolonialmarkt, weniger lebhaft als in den letzten Tagen. Stürmisch befragt waren jedoch wieder Petroleumwerte, und zwar hiesigen Steuara Romana auf 742, Deutsche Petroleum auf 888 und Deutsche Erdöl auf 480. Kanada waren wenig verändert. Fest waren dagegen Montanaktien, in erster Linie Rodumer, Deutsch-Luxemburger, Garpener und Rhönig. Elektro- und Farbwerke schlossen sich der Aufwärtsbewegung an. Bananaktien blieben vernachlässigt. Heimische Aktien waren im allgemeinen wenig verändert, die Kurze gut behauptet.

Groß-Berlin

Gedanken eines Arbeiters.

Und wird geschrieben: Täglich wird man aller und deshalb tut es not, sich mit der Frage zu beschäftigen: „Wovon werde ich leben, wenn ich alt bin und nicht mehr arbeiten kann?“ Dieses bittere Gefühl wird man nicht los, und je älter man wird, desto mehr Sorge befallt einem. So wie es jetzt mit der Invaliden- und Altersversicherung eingerichtet ist, kann es unter keinen Umständen bleiben. Wie hoch steigt es, wenn man hört: Die Beamten erhalten eine Wirtschaftsbeihilfe von 1000 M., und die Invaliden-verseicherten bekommen auch 12 M. pro Monat mehr. Wöchentlich bezahlt man Verband, Krankenkassen- und Invalidengeld. Ich würde mir gerne 1 bis 2 M. mehr in der Woche vom Lohn abziehen lassen für die Invalidenkasse, wenn ich dadurch die Gewissheit hätte: so, wenn du nun 65 Jahre alt bist und nicht mehr arbeiten kannst, dann brauchst du doch nicht zu verhungern. Dem Arbeiter, der treu und redlich sein Leben lang für sich und seine Familie gearbeitet hat, müssen dieselben Vergünstigungen zustehen, wenn er alt ist, wie dem Beamten. Wenn die Regierung mit einem Gesetz, das der Not des alten Arbeiters ein Ende macht, herauskäme, so würde sie sich den großen Dank der Massen erwerben. Auch die Arbeitslust und -freudigkeit würden dadurch gehoben werden. Während die jetzt wöchentlich bei den verschiedenen Versicherungsgesellschaften ihre Beiträge bezahlen, lehren diese Gesellschaften den Rücken. Deshalb nochmals: Heraus mit dem Gesetz, daß den Arbeiter im Alter vor dem Verhungern schützt!

Im Klassen-Krankenhaus.

Das Landkrankenhaus in Brix gehört zu den Heilanstalten, die ihre Pflichten nach der Zahlungsfähigkeit in Klassen sondern. Aus der Station 12 dieser Anstalt wird uns eine Beschreibung der mehr gehobenen Kranken gemeldet, von der wir nicht wissen, ob sie einer Vorschrift entspricht oder einen Mißbrauch darstellt. Das aber wissen wir, daß sie — so oder so — ein Unfug ist, wie überhaupt die Klassencheidung der Krankenhauses-tationen. In Station 12, die für Kranke mit ansteckenden Krankheiten bestimmt ist, lagen in den letzten Wochen nebeneinander Pfleger der dritten Klasse und Pfleger der zweiten Klasse. Während Pfleger der zweiten Klasse täglich Besucher empfangen können, wird das Pflegen der dritten Klasse in der Regel nur an zwei Tagen jeder Woche erlaubt. Auch in anderen Anstalten, die Klassen haben, wird unseres Wissens ein derartiger Unterschied in der Besuchergulassung gemacht, so daß wir dieser Brauch für „offiziell“ halten müssen. Dagegen möchten wir doch bezweifeln bei dem aus der Station 12 gemeldeten Verfahren, Besuchern der Pfleger der zweiten Klasse trotz der Ansteckungs-gefahr den Zutritt zu dem Raum selber zu gestatten. Während das zugelassen wurde, mußten gleichzeitig Besucher der Pfleger der dritten Klasse vorchriftsmäßig außerhalb des Raumes bleiben und durften durch das Fenster sich mit ihren Kranken unterhalten. Und wird gesagt, daß alle Kranken dieses Raumes an Ruhe litten. Die Ruhr wird doch wohl nicht weniger ansteckend sein, wenn sie einen Menschen befallt, für den ein höheres Pflegegeld bezahlt werden kann.

Schieber überall. Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: Als ich heute früh meine Arbeitsstelle aufsuchte, passierte ich die Giesener Straße. Ich war nicht wenig erstaunt, als plötzlich ein Fuhrwerk von irgendeiner militärischen Kommandostelle auftauchte und auf einen nebenfahrenden viertürigen Lumpenhandwagen einige schwere Eisenklübe warf. Nachdem dieses geschehen war, blieben so ein Begleiter der beiden Wagen zurück und begaben sich in einem dem-nächst gelegenen Restaurant, um über den Erlös zu verhandeln.

Erleichterung der Auslandsreisen. Vom Schutzhund heu-tiger Auswanderer wird uns geschrieben: Die Bestimmungen über Verbringung von Geld und Zahlungsmitteln in das Ausland haben neuerdings eine wesentliche Erleichterung erfahren. Danach ist die Einwilligung einer Reichsbankstelle oder einer sonstigen Behörde in Zukunft nicht mehr erforderlich, sondern es besteht lediglich die Vorschrift, daß Zahlungsmittel nur durch Vermittlung von Banken nach dem Ausland überandt werden dürfen, wobei der Auftrag-geber eine für das Befristungsamt bestimmte Erklärung nach vor-geschriebenem Muster abzugeben hat. Endlich ist nunmehr auch ohne Vermittlung einer Bank gestattet, innerhalb eines Kalender-tages Zahlungsmittel im Betrage von höchstens 1000 Mark, jedoch innerhalb eines Kalendermonats nicht über den Gesamtbetrag von 30 000 Mark hinaus, in das Ausland mitzunehmen oder ver-senden zu lassen.

Lichtenberg. Der städtische Ausschuss für Volkser-haltung hat zum Montag das Wälder-Orchester auf einem Konzert im Greifen-Platz, Rathausstr. 8, verpflichtet, bei dem Werke von Beethoven, Schubert, Raffini, Wagner und Tschaikowsky zur Ausführung gelangen sollen. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Karten zu 2 M. sind im Vorverkauf zu haben: Städtische Schulabteilung, Köpenickerstr. 14; Expedition des „Vorwärts“, Alt-Boghojen 56 und Marienbergstr. 1.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Reinickendorf. 1/2 Pfund Marmelade nicht auf 71, sondern auf 218, Kleinteile bis Freitag abgeben. Für Jugendliche 1/2 Pfund Suppe (66) ab Freitag.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Pankow. Donnerstag 7 Uhr Generalversammlung in der Aula der 5. Gemeindefabrik, Scharnhorststr. 8. Wichtige Tagesordnung. Marienfelde. Frauenversammlung Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Böhm, Berliner Ude Dorfstraße. Referent: Gen. Lodenhagen. Armen- und Jugendpflege.

Jugendveranstaltungen.

Schöck. Der Regitationsabend findet heute ausnahmsweise bei Schöne-mann, Stallger Str. 7, statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Lichtenfelde. Donnerstag, den 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr in der Aula Ringstr. 23 öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Auf zum Kampf gegen die Feinde der Republik.“ Aussprache. Referent: Genossin Luise G. Erder. Mitglied der Nationalversammlung. Teufelher Monistenbund. Freitag 7 1/2 Uhr im Regum-Klub, Köpenickstr. 8. Otto Jensen: „Karl Rautsky als Natur-wissenschaftler.“

Bildungsveranstaltungen.

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft an der Handelshochschule Berlin. Donnerstag 1/8 Uhr: Eduard Bernstein über „Sozialismus und Werte“, Mittwoch, den 22. Oktober, 1/8 Uhr: Rudolf Wessell über „Deutsche Gewerkschaft“ im Generalversammlungsraum der Börse.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Bureaushilfskräfte.

Nicht allein das Groß-Berliner Wirtschaftsleben, sondern auch die Amtungsorgane der Millionenstadt Berlin und der angrenzenden Orte befinden sich momentan in einem Fieberzustand. Die zur ordnungsmäßigen Abwicklung der kommunalen Geschäfte sowie der für die Lebensmittelversorgung eingerichteten Geschäftsstellen haben infolge des plötzlich eingetretenen Hilfsarbeiterstreiks zu-nächst in Berlin und Neukölln eine empfindliche Störung erfahren. Wer die Verwaltungsorganisation einer Millionenstadt kennt, weiß, daß durch das Versagen wichtiger Verwaltungsfunktionen und Ab-wicklungsstellen für das Publikum der feingegliederte Verwaltungs-mechanismus empfindlich gestört wird. Und nicht allein das; auch der Bevölkerung erwächst z. B. durch den Umstand, daß sie infolge Versagens der Lebensmittelverteilungsorganisation nicht zu ihren notwendigen Lebensmitteln kommt, beträchtlicher gesundheitlicher Schaden.

Beamte und Arbeiter solcher Betriebe und Verwaltungsbetriebe, die der Aufrechterhaltung der Lebensmittelorganisation dienen und denen gewissermaßen die Wahrnehmung der Allgemeininteressen anvertraut ist, haben daher die dringende Pflicht, bei allen Maß-nahmen, die die Befreiung ihrer sozialen Lage angehen, doppelte Ruhe und Ueberlegung walten zu lassen.

Daß die Bureaushilfskräfte Ursache haben unzufrieden zu sein mit ihren relativ niedrigen Gehältern, wer wollte das bestreiten? Heute müßte das Einkommen jedes Arbeiters und Angestellten verdoppelt werden, wenn er die ungeheuren Preise der notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel erwirgen will. Es fragt sich nur, ob das nicht auf das gleiche hinausläufe, ob bei der all-gemeinen Warenknappheit bei verdoppelter Nachfrage nicht ein ebenso schnelles Entgehen der Preise jede noch so starke Gehalts- und Lohnerhöhung weitmachen würde. Die Ursache unserer sozialen Not — liegt an der Mangel an gesamtan Knappheit an Waren und Rohstoffen. Erst wenn diese behoben ist, können wir wieder auf Besserung hoffen.

Der Konflikt mit den Hilfsarbeitern besteht nun darin, daß die letzteren mit dem gefällten Schiedsspruch nicht einverstanden sind. In Neukölln haben die Hilfsarbeiter sich überhaupt nicht über ihre weiteren Forderungen geäußert, sondern einfach, ohne dem Magistrat hiervon Mitteilung zu machen, die Arbeit wieder-geleigt. Eine solche Praxis in der Durchsetzung von Gehaltsfor-derungen muß Bestrebungen erregen. Durch ein wildes Darauslos-streiken macht man von vornherein jede Verständigung unmöglich, um so mehr, als in diesem Falle die Streikfrage mit Berlin ge-meinsam geregelt werden sollte. Und auch zum Streik der städti-schen Bureaushilfskräfte Berlins muß gesagt werden, daß uns ihre Schritt etwas doreilig und verfrüht erscheint. So sehr ihre über den Schiedsspruch hinausgehenden Forderungen berechtigt sein mögen, berührt es doch etwas sehr eigenartig, wenn Streikmaß-nahmen mit minutiösem Ablauf des Minimums ergriffen werden, namentlich einem Kontrahenten gegenüber, der ja nichts anderes ist als der Repräsentant und Wahrnehmer des Allgemein-wohls. Hier scheint die revolutionäre Stimmung, von der immer noch weite Kreise ergriffen sind, geradezu den letzten Rest von Verantwortlichkeitsbewußtsein erlöschend zu haben.

Zum Streik selbst wird gemeldet:

In dem Streik der Hilfskräfte des Magistrats ist seit gestern keine wesentliche Veränderung zu verzeichnen. Von den heutigen Verhandlungen zwischen der Streikleitung und dem Magistrat Berlin wird es im wesentlichen abhängen, ob der Zustand auf Berlin und Neukölln beschränkt bleibt, oder ob auch andere Ge-meinden, vor allen Dingen Lichtenberg, sich der Bewegung anschließen.

Wie weiter berichtet wird, erschien am heutigen Mittwoch-morgen eine Deputation der gewerblichen Angestellten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und erklärte, daß die gewerblichen Angestellten dieser Betriebe die Forderungen der Hilfskräfte zu

den ihren machen. Sie stellen sich der Streikleitung zur Ver-fügung und arbeiten darauf, in den Zustand einbezogen zu werden, falls die heutigen Verhandlungen etwa scheitern sollten. An-gefaßt der ungeheuren Verantwortung, welche sie durch eine Still-legung dieser für die Stadt lebenswichtigen Betriebe auf sich laden würde, hat die Streikleitung vorläufig eine abwartende Haltung angenommen.

Von der Zentralstreikleitung erhalten wir einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Heute vormittag erschienen Deputationen der gewerblichen Hilfskräfte Neuköllns und mehrerer anderer Ortsgemeinden und erklärten, daß, falls bei den für heute mittag 12 Uhr angesetzten Verhandlungen der Magistrat nach wie vor es an dem notwendigen Verständnis für die wirtschaftliche Notlage der Hilfskräfte fehlen lassen sollte, die gewerblichen Hilfskräfte Neuköllns sofort geschlossen ihre Arbeit niederlegen werden.

Außerdem ist eine Deputation der Städtischen Gas- und Elek-trizitätswerke erschienen, die den kommunalen kaufmännischen Hilfs-kräften Groß-Berlins ihre vollste Sympathie ausdrückte. Diefelbe erklärte, gegebenenfalls die streikenden Hilfskräfte zu unterstützen.

Der Bericht vermerkt noch, daß verschiedene Militärärzte den kaufmännischen Hilfskräften in den Kläden gefallen sind und dem Magistrat Streikbedienstete angeboten haben. Die Zentral-Streikleitung hat beschlossen, hinsichtlich der Militärärzte nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis sämtliche kommunalen Hilfskräfte restlos wieder diejenigen Arbeitsplätze eingenommen haben, die sie vor Streiktritt verlassen haben.

Die Stellung der Technischen Nothilfe.

W.B. meldet: In den gestrigen Abendblättern stand die Nachricht, daß man in Kreisen der Arbeitnehmers der Ansicht wäre, daß mit einem Eingreifen der Technischen Nothilfe nicht gerechnet werden kann, da die Regierung verfügt habe, die Technische Nothilfe soll nur dort eingreifen, wo es sich um einen von den Gewerkschaften nicht gebilligten Streik handelt. Diese Nach-richt ist falsch, denn für die Technische Nothilfe handelt es sich nicht um gebilligte oder nicht gebilligte Streiks, sondern lediglich um das Eintreten bei Stilllegung lebenswichtiger Betriebe. Sollte ein lebenswichtiger Betrieb stillgelegt werden und die Arbeiterschaft nicht selbst die notwendigen Nothilfsarbeiten übernehmen, so greift die Technische Nothilfe sofort ein. Die Ortsgruppe Berlin der Technischen Nothilfe ist soweit organisiert, daß sie, wenn heute die lebenswichtigen Betriebe in Berlin still-gelegt werden, darin die Arbeit sofort aufnehmen kann.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Ortsverwaltung Berlin.

Die Urabstimmung über den Schiedsspruch des Zentralaus-schusses ergab nachstehendes Resultat: Abgegebene Stimmen 27 008, für Annahme des Schiedsspruches 24 833, für Arbeitsnieder-legung 2020, ungültig 146 Stimmen. Der Schiedsspruch ist dem-nach angenommen. Nachdem der Magistrat und die Stadtbereit-nerentsammlung ihrerseits ebenfalls zugestimmt haben, hat der Schiedsspruch Geltung erlangt. Die neuen Löhne gelten ab 1. Oktober er.

Zum Streik der Hilfsarbeiter machen wir darauf aufmerksam, daß unsere Mitglieder streng alle Arbeiten zu meiden haben, die von Bureaushilfsarbeitern bisher ausgeführt wurden. Die Ortsverwaltung.

Der Metallarbeiterstreik.

Auf die Zuschrift des Verbandes Berliner Metallindustrieller an den Reichsarbeitsminister betreffend seinen Vermittlungsver-such ist, wie wir einer Korrespondenz entnehmen, heute ein vom 13. Oktober datiertes Schreiben des Reichsarbeitsministers aus Stuttgart eingelaufen, in welchem der Minister zu dem Stand-punkt der Metallindustriellen Stellung nimmt. Danach ist zu hoffen, daß es nach der Rückkehr Schieds zu neuen Verhandlungen kommen wird.

Der Verband der Berliner Metallindustriellen trat heute mittag zu einer neuen Sitzung zusammen, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen.

Diefelbe Korrespondenz berichtet noch folgendes:

Ein interessantes Urteil über den Metallarbeiterstreik fällt in einer der gestrigen dreißig Protestversammlungen der U. S. V. D. die unabhängige Rednerin Frau Agnes. Sie erklärte, daß nach ihrer Kenntnis der vorausgehenden Verhandlungen und nach dem Schiedsspruch vom 21. August den Arbeitgebern nicht der Vorwurf gemacht werden könne, daß sie einen Abbau der Löhne verweigern. Der Streik sei nach ihrer Ansicht ebenso sinnlos, wie planlos. Bei gutem Willen auf der anderen Seite hätte sich der Zustand ver-meiden lassen.

Ob die Geizer und Maschinisten heute mittag wirklich in den Streik treten werden, ist zurzeit noch ungelöst. Wie mitgeteilt wird, haben Verhandlungen zwischen der Zentralleitung des Ver-bandes der Geizer und Maschinisten und der Leitung der Berliner Ortsorganisation stattgefunden. Die Zentralleitung ist mit dem Vorgehen der Berliner Ortsverwaltung nicht einverstanden. In einer Unterredung, die ein Mitglied der Zentralleitung heute vor-mittag mit maßgebenden Arbeiterführern hatte, erklärte dieser, daß die Zentralleitung die Verantwortung für die aus dem Verzicht der Berliner Ortsverwaltung hervorgehenden Folgen ablehnt und diese lediglich auf die Führer der Ortsgruppe Berlin zurückfällt.

Das Ultimatum der Geizer und Maschinisten verlängert.

B. S. Die Ortsgruppe Berlin des Verbandes der Geizer und Maschinisten hat das heute um 12 Uhr ablaufende Ultimatum bis um drei Uhr verlängert.

Achtung, Hochdruckmonteure und Helfer!

Die in den Hochdruckbetrieben beschäftigten Hochdruckmonteure und Helfer haben sofort in den einzelnen Werkstattversammlungen jedes Betriebes zur Streikbewegung im Rohrlegergewerbe Stellung zu nehmen. Die Abstimmungen sind in den einzelnen Betrieben geheim vorzunehmen, und ist zum Eintritt in den Streik eine Drei-vertelnsmajorität erforderlich. Wir erwarten von allen Kollegen un-bedingte Solidarität.

Die Streikleitung der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins. J. A.: Max Dief.

Tarifvertrag für Waldbarbeiter.

Zwischen der Forstverwaltung des Preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten einerseits und dem Deutschen Landarbeiterverband sowie dem Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands andererseits ist unter dem 20. September d. J. ein Tarifvertrag abgeschlossen, nach dem die Arbeits- und Lohnbedingungen festgelegt sind, die sich die Forstverwaltung den Mitgliedern der vertragsschließenden Verbände zu gewährleisten verpflichtet hat. Das Ministerium hat in Aus-führung des Vertrages die Regierungen angewiesen, umgehend mit je einem Vertreter der beiden Verbände für ihren Bezirk die Lohnlassen, die Zuteilung der Oberförstereien oder von Teilen derselben zu den einzelnen Klassen und die Stundenlöhne in Vertragsform zu vereinbaren, auch alle etwa sonst auf das Arbeitsverhältnis bezüglichen Regelungen vorzunehmen. Die Löhne sollen sich den in der Land-wirtschaft der betreffenden Gegend üblichen anpassen, im allgemeinen

